



Karl Brenke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Europäische Jugendgarantie: Enttäuschungen für junge Arbeitslose garantiert

Im Herbst letzten Jahres sah sich die EU-Kommission aufgefordert, angesichts der stark gestiegenen Jugendarbeitslosigkeit Flagge zu zeigen. Man beschloss eine „Jugendgarantie“ – jedem Jugendlichen sollte spätestens vier Monate nach Verlassen des Bildungssystems oder eingetretener Arbeitslosigkeit ein Arbeitsplatz, eine Ausbildungsbeziehungsweise Praktikumsstelle oder eine Bildungsmaßnahme angeboten werden. Bei einer Konferenz in Berlin bestätigten die zuständigen nationalen Minister im Juli diese Beschäftigungsgarantie und beschlossen eine Reihe konkreter Maßnahmen, bei denen es sich im Wesentlichen um den bekannten Instrumentenkasten der Arbeitsmarktpolitik handelt.

Zweierlei erstaunt an dieser Jugendgarantie: Zum einen ist es die nach außen getragene Vorstellung, dass die Politik in der Lage wäre, einfach per Beschluss die Jugendarbeitslosigkeit abzuschaffen. Glauben die politisch Verantwortlichen wirklich, dass sie diese Macht und die nötigen Interventionsmöglichkeiten haben? Das Politbüro der SED dachte so; in der DDR gab es ein Recht auf Arbeit im auf Planung basierenden Wirtschaftssystem. Dessen Ende ist ja auch bekannt. Wie dem auch sei – die europäische Politik müsste wissen, was die Arbeitsmarktpolitik in den Jahrzehnten der fast überall in der EU verbreiteten Massenarbeitslosigkeit ausrichten konnte – nämlich sehr wenig. Ihr sollte auch bekannt sein, dass es solche Jugendgarantien in manchen EU-Staaten wie Dänemark, Finnland, Österreich oder Schweden bereits gibt – und deren Ergebnis enttäuschend ist. Dort ist die Jugendarbeitslosigkeit in jüngster Zeit entweder gestiegen oder sie hat sich nicht besser als die Erwerbslosigkeit der Erwachsenen entwickelt. Und bei einer Jugendarbeitslosenquote von 21 Prozent wie in Finnland oder von 23 Prozent wie in Schweden kann wohl kaum von einem eingelösten Beschäftigungsversprechen die Rede sein. Zum

anderen verwundert, dass die europäischen Politiker die Jugendarbeitslosigkeit offenbar als ein isoliertes Phänomen ansehen, das wenig mit der allgemeinen Beschäftigungslage zu tun hat. Tatsächlich ist die Jugendarbeitslosigkeit vorrangig nur Ausdruck einer generell unzureichenden Beschäftigung. Je höher in einem Land oder in einer Region innerhalb eines Staates die Arbeitslosigkeit ist, desto höher ist auch die Jugendarbeitslosigkeit. Die Politik müsste daher für ein wachstumsfreundliches Umfeld sorgen, damit sich die Beschäftigung durch eine expandierende Produktion mehr und mehr aufbaut und die Arbeitslosigkeit zurückgeht. Die Politik kann Anstöße geben und Weichen stellen, aber nicht selbst die Arbeitslosigkeit abbauen – schon gar nicht per Beschluss. Angesichts der Krise in großen Teilen der Eurozone befindet man sich allerdings in einer Falle – und zwar in einer, die man selbst gestellt hat.

Was steckt nun hinter den medienwirksamen Ankündigungen einer Jugendgarantie? Wohlwollend könnte man ein Helfersyndrom gepaart mit Blauäugigkeit diagnostizieren. Es ist aber wohl mehr – und zwar eine Interessenvertretung in eigener Sache. Einmal mehr soll dem Bürger das Gefühl vermittelt werden, dass es eine Institution gibt, die die Probleme anpackt und deshalb gebraucht wird – Selbstlegitimierung durch Aktionismus. Fatal ist nur, dass mit Arbeitsmarktpolitik das Versprechen einer Beschäftigungsgarantie für Jugendliche gar nicht einzulösen ist. Wenn man Jugendliche etwa in eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme steckt, vermittelt man ihnen wohl kaum das Gefühl, dass sie gebraucht werden, sondern nur, dass sie untergebracht sind. Die Jugendgarantie mag den Helfern Selbstbestätigung beschern und die Arbeitslosenstatistik aufhübschen. Vertrauen schafft sie aber nicht, vielmehr Enttäuschungen und über kurz oder lang eine weiter um sich greifende Politikerverdrossenheit.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
80. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Simon Junker

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.